



Position der Wirtschaftsvereinigung Stahl

zum Entwurf der Nationalen Industrie-
strategie 2030

23. Mai 2019



Wirtschaftsvereinigung
Stahl

I. Hintergrund

Die Stahlindustrie in Deutschland begrüßt den Entwurf des Bundeswirtschaftsministers zu einer Nationalen Industriestrategie 2030, der eine wichtige Debatte um die richtigen politischen Rahmenbedingungen für die Industrie anstößt, die dringend notwendig ist angesichts der enormen Herausforderungen, die Deutschland und Europa bewältigen müssen. Für die Stahlindustrie steht im Vordergrund, dass sich das außenwirtschaftliche Umfeld in den vergangenen Jahren rasant und tiefgreifend verändert hat. Dazu beigetragen haben verfestigte Überkapazitäten auf globaler Ebene, die durch den chinesischen Staatsinterventionismus ausgelösten Wettbewerbsverzerrungen und die zunehmend protektionistische Neuausrichtung der US-amerikanischen Handelspolitik, die im Stahlbereich ihren Ausgangspunkt nahm und besonders zu spüren ist.

Hinzu kommt, dass die Stahlindustrie in Deutschland vor tiefgreifenden Transformationsprozessen steht. Die Branche will ihren Beitrag zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens leisten. Um diese ambitionierten Ziele zu erreichen, müssen im Bereich der Primärstahlerzeugung CO₂-arme Verfahren eingeführt werden, die mit erheblichen Investitionen und deutlich höheren Betriebskosten verbunden sind. Dabei muss in den Blick genommen werden, dass den Unternehmen bereits heute steigende Belastungen aus dem Emissionsrechtehandel (ETS) und der nationalen Energiepolitik drohen, welche die internationale Wettbewerbsfähigkeit gefährden und Investitionsspielräume beschneiden.

Die Stahlindustrie kann diese gewaltigen Herausforderungen nur bewältigen, wenn sie durch eine aktivierende Industriepolitik begleitet wird. Es braucht einen strategischen, integrierenden Politikansatz, der Energiewende, Klimapolitik, Transformation der Grundstoffindustrie und internationale Wettbewerbsfähigkeit miteinander verbindet. Erst durch die Schaffung eines Level Playing Fields werden die Innovationen möglich, mit denen die Chancen, die sich im internationalen Wettbewerb bieten, ergriffen werden können. Die Formulierung einer Industriestrategie 2030 bildet hierfür einen unverzichtbaren ersten Schritt, der am Ende in eine europäische Initiative münden muss. Eine gute Grundlage hierfür sind die gemeinsame Erklärung der Wirtschaftsminister von 18 EU-Ländern („Friends of Industry“) vom Dezember 2018 sowie das deutsch-französische Industriemanifest (Februar 2018), die beide wichtige Reformvorschläge zur EU-Industriepolitik unterbreiteten.

II. Bewertung der wichtigsten Elemente des Vorschlags

Aus Sicht der Stahlindustrie in Deutschland setzt der Entwurf einer Industriestrategie richtige und wichtige Akzente in der Debatte. Dies betrifft insbesondere die folgenden Punkte:

› Erhalt geschlossener Wertschöpfungsketten:



Das Verarbeitende Gewerbe in Deutschland ist mehrheitlich stahlintensiv. Eine hohe Wettbewerbsfähigkeit der Industrie in der Zukunft braucht daher auch eine starke Stahlindustrie vor Ort, nicht zuletzt deshalb, da Innovationssprünge häufig erst an der Schnittstelle zwischen Verarbeitern und Werkstofflieferanten entstehen. Die Stahlindustrie wird daher in der Nationalen Industriestrategie zu Recht zu den zehn industriellen Schlüsselbereichen gezählt. Gerade deshalb darf auch nicht der Forschungs- und Innovationsbedarf in den Grundstoffindustrien aus dem Auge verloren werden.

› Außenhandelspolitik:



Die Stahlindustrie unterstützt den gewählten Ansatz, dass Deutschland und Europa einerseits weiterhin für Multilateralismus und offene Märkte einstehen, andererseits aber aktiver als in der Vergangenheit gegen Wettbewerbsverzerrungen durch andere Länder vorgehen müssen. Der laufende Modernisierungsprozess der Welthandelsorganisation WTO wie auch das Globale Stahlforum der G-20 bieten multilaterale Ansatzpunkte zur Schaffung global geltender Regeln. Zugleich muss auch das Handelsschutzinstrumentarium der EU konsequent angewendet und fortwährend weiterentwickelt werden, um gegen unlauteren Wettbewerb in WTO-konformer Weise vorzugehen. Zu begrüßen ist auch das Ziel, Deutschland und die EU vor nichtmarktwirtschaftlichen Auslandsinvestitionen zu schützen. Die Bundesregierung muss sich darüber hinaus intensiver für ein Level-Playing-Field bei der öffentlichen Beschaffung einsetzen, wie es etwa im Vorschlag der Europäischen Kommission für ein "International Procurement Agreement" angelegt ist.

› Energie- und Klimapolitik:



Von besonderer Bedeutung für die Stahlindustrie ist, dass die Schaffung eines Level-Playing-Fields als ein zentrales ordnungspolitisches Prinzip hervorgehoben wird. Die energieintensiven Grundstoffindustrien sind bereits heute mit erheblichen Strompreissteigerungen konfrontiert, die ihre Wettbewerbsfähigkeit zu belasten drohen. Die Politik in Deutschland muss daher intensiv auf die Beseitigung bestehender Ungleichheiten hinwirken. Belastungsbegrenzungen etwa im Rahmen des Erneuerbare Energien-Gesetzes (EEG) oder ETS zum Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit sind daher unverzichtbarer Bestandteil einer aktiven Industriepolitik.

Zu einer nationalen Industriestrategie gehört zudem ein schlüssiges Konzept, den Kohleausstieg so zu gestalten, dass zu erwartende Strompreissteigerungen kompensiert und die Versorgungssicherheit nicht gefährdet wird. Notwendig ist zudem, dass auch die Frage beantwortet wird, wie ein Level Playing Field im internationalen Wettbewerb angesichts steigender ETS-Kosten in der vierten Handelsperiode geschaffen werden könnte. Insbesondere muss die Bundesregierung kurzfristig darauf hinwirken, Nachteile im inter-

nationalen Wettbewerb u.a. durch eine vollumfängliche Kompensation der emissionshandelsbedingten Stromkostensteigerungen zu verhindern. Zu prüfen ist in diesem Zusammenhang auch die Option einer Grenzabgabe als Teil eines Maßnahmenbündels zur Schaffung eines Level Playing Fields.

› **Europäische Industriepolitik:**



Die Einbindung der nationalen Strategie in den europäischen Rahmen ist aus Sicht der Stahlindustrie von zentraler Bedeutung. Eine gemeinsame europäische Industriepolitik existiert bislang nicht. Um eine kohärente europäische Industriestrategie 2030 zu entwickeln, zu koordinieren und umzusetzen, plädieren wir für einen Vize-Präsidenten für Industrie in der nächsten Europäischen Kommission. Der Vorschlag, einen Rat der Industrieminister zu errichten, ist ebenfalls zu begrüßen. Diese Initiativen sind zu ergänzen durch Vorschläge, wie sie im deutsch-französischen Industriemanifest und durch die „Friends of Industry“ formuliert wurden: Die Industriestrategie, die die Europäische Kommission noch in diesem Jahr vorlegen soll, sollte auch Aktionspläne zur Transformation der energieintensiven Industrien bei gleichzeitigem Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit beinhalten.

III. Eine strategische Industriepolitik zur Transformation der Stahlindustrie

Der Weg zu einer klimaneutralen Wirtschaft in 2050 stellt die Stahlindustrie vor gewaltige Herausforderungen. In einer europäischen wie auch nationalen Industriestrategie muss die industrielle Weiterentwicklung mit den europäischen bzw. nationalen klimapolitischen Zielsetzungen unter Berücksichtigung des internationalen Wettbewerbs in Einklang gebracht werden.

Die Stahlindustrie in Deutschland arbeitet derweil an verschiedenen Lösungen – von der Verwertung bis zur Vermeidung von CO₂ – für eine zukünftig nachhaltige Stahlproduktion. Dies erfordert in der Primärstahlerzeugung einen massiven Umbruch in der Produktionsweise und in Teilen den Einsatz bahnbrechender Technologien. Über die Elektrostahlroute (Sekundärstahlerzeugung) fallen heute geringere CO₂-Emissionen an. Diese lassen sich weiter reduzieren, sobald CO₂-freier Strom in ausreichender Menge bezahlbar zur Verfügung stehen wird. Entscheidend ist in beiden Fällen, dass die internationale Wettbewerbsfähigkeit wie auch die Versorgungssicherheit gewahrt bleiben.

Die aktive politische Begleitung und Förderung dieser beispiellosen Transformation muss daher in die Formulierung einer Nationalen Industriestrategie aufgenommen werden.

Hierzu müssen:

- › **Mechanismen** geprüft werden, mit denen CO₂-arme Produktionsverfahren **trotz deutlich höherer Kosten** gegenüber Ländern ohne vergleichbaren Aufwand wettbewerbsfähig betrieben werden können. Eine CO₂-arme Stahlerzeugung in der Europäischen Union ergibt nur Sinn, wenn zugleich der Absatz von CO₂-armen Stahl sichergestellt ist, insbesondere vor dem Hintergrund des internationalen Wettbewerbs.

- › die Entwicklung zukunftsweisender Technologien wie auch ihre Umsetzung in den industriellen Maßstab ausreichend öffentlich gefördert werden. Ein wesentlicher Baustein sind, neben dem EU-Innovationsfonds und der Förderung aus dem zukünftigen EU-Forschungsrahmenprogramm „Horizon Europe“, die **Projekte von besonderem europäischem Interesse (IPCEIs)**. Deutschland sollte sich im Rahmen des Strategischen Forums in die Ausarbeitung der Anfang 2019 ausgewählten strategisch wichtigen Wertschöpfungskette „Low Carbon Industry“, in dem sich Stahl-, Chemie- und Zementindustrie zusammengeschlossen haben, verstärkt einbringen. Zudem ist eine aktive Beteiligung in dem für die Grundstoffindustrie relevanten Themenfeld „Hydrogen Infrastructure“ erforderlich. Eine strategische Industriepolitik kann mithelfen, die verschiedenen Forschungs- und Förderungsinitiativen und Programme auf nationaler und europäischer Ebene besser miteinander zu verknüpfen, zusätzliche Mittel verfügbar zu machen und effizient einzusetzen.
- › **beihilferechtliche Spielräume** angepasst werden, mit dem Ziel, die erforderlichen Rahmenbedingungen auf dem Weg zu einer klimaneutralen Wirtschaft zu schaffen. Hier sind bspw. beihilferelevante Maßnahmen zu prüfen, wie eine Produktion von im Rahmen der Transformation notwendig werdenden CO₂-arm hergestellten Grundstoffen zu wettbewerbsfähigen Kosten sichergestellt werden kann. Ein besonderer Schwerpunkt muss in der Nutzung erneuerbarer Energiequellen, dem Einsatz von elektrolytischem Wasserstoff sowie der Strompreiskompensation liegen.
- › **ein energiewirtschaftlicher Rahmen** entwickelt werden mit Blick auf die regenerative Herstellung großer Mengen von Wasserstoff. Eine deutschlandweit eingeführte CO₂-arme Stahlerzeugung führt zu einem zusätzlichen Strombedarf aus erneuerbaren Energiequellen. In jedem Fall werden auch erhebliche zusätzliche Transportkapazitäten für Strom und Wasserstoff geschaffen werden müssen, für Letzteren ggf. auch zusätzliche Speicherkapazitäten. Die Politik muss frühzeitig für die erforderlichen Infrastrukturen sorgen und dabei möglicherweise bestehende Akzeptanzprobleme überwinden. Zudem ist eine Energiewirtschaft unverzichtbar, die in der Lage ist, international wettbewerbsfähige Energiepreise und eine sichere Versorgung zu garantieren.
- › **die Kreislaufwirtschaft vorangetrieben werden**. Die Stahlprodukte sind bereits heute Teil einer Wertschöpfungskette, die sich an den Prinzipien der **Kreislaufwirtschaft** orientiert. Im Rahmen der Industriestrategie 2030 ist zu prüfen, wie ein integrierender Ansatz in der Produkt-, Klima- und Umweltpolitik entwickelt werden kann, mit denen weitere Potentiale der Kreislaufwirtschaft gehoben werden können.